

Antrag

der Abgeordneten Dr. Götz Frömming, Marc Bernhard, Stephan Brandner, Joana Cotar, Siegbert Droese, Dr. Michael Ependiller, Peter Felser, Markus Frohnmaier, Dr. Axel Gehrke, Wilhelm von Gottberg, Kay Gottschalk, Mariana Iris Harder-Kühnel, Karsten Hilde, Martin Hohmann, Jens Kestner, Stefan Keuter, Norbert Kleinwächter, Enrico Komning, Jörn König, Dr. Rainer Kraft, Jens Maier, Dr. Lothar Maier, Andreas Mrosek, Sebastian Münzenmaier, Christoph Neumann, Ulrich Oehme, Frank Pasemann, Tobias Matthias Peterka, Paul Viktor Podolay, Stephan Protschka, Martin Reichardt, Dr. Robby Schlund, Uwe Schulz, Thomas Seitz, Detlev Spangenberg, Dr. Harald Weyel, Dr. Heiko Wildberg, Dr. Christian Wirth und der Fraktion der AfD

Pharmazeutische Forschung und Entwicklung in Deutschland national verankern und krisenfest machen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Durch den neuartigen Erreger SARS-CoV-2 und das durch ihn ausgelöste Krankheitsbild COVID-19 zeigt sich akut die gesundheitspolitische Bedeutung von Forschung und Entwicklung, speziell im pharmazeutischen und biomedizinischen Sektor. Der Bedarf an wissenschaftlich begründeten Konzepten, die eine nachhaltige und wirksame Prävention, Diagnostik und Therapie auf nationaler Ebene ermöglichen, ist daher existenziell. In diesem Kontext hat der Bundestag am 11. März 2020 in einem ersten Schritt beschlossen, außerplanmäßig 145 Millionen Euro zur Forschungsintensivierung bereitzustellen.

Allerdings fließen die aus aktuellem Anlass bewilligten Mittel größtenteils über das Bundesforschungsministerium zu der 2017 ins Leben gerufenen, internationalen Impfstoff-Initiative „Coalition for Epidemic Preparedness Innovations“ (CEPI). Dabei handelt es sich um eine öffentlich-private Partnerschaft zur Beschleunigung der Impfstoffentwicklung gegen aufkommende Infektionskrankheiten, die durch die Bundesregierung eine jährliche Grundförderung von 90 Millionen Euro erfährt (vgl. www.bmbf.de/de/curevac-und-cepi-bauen-kooperation-zur-entwicklung-eines-impfstoffs-gegen-das-coronavirus-10797.html, Stand: 05.05.2020).

Die bereitgestellten Mittel werden dann durch CEPI auf die jeweiligen Partner, hauptsächlich ins Ausland, verteilt (vgl. www.themisbio.com/cepi-collaborates-with-the-institut-pasteur-in-a-consortium-to-develop-covid-19-vaccine/, Stand: 05.05.2020). Deutsche Entwickler erhalten aktuell lediglich 15,3 Millionen US-Dollar. Für die Verteilung der genehmigten Fördermittel existiert kein fester Schlüssel. Derzeit fließen

90 Prozent der von Deutschland aufgebrauchten Forschungsgelder in ausländische bzw. internationale Firmen und Projekte (vgl. Antwort des Bundesministeriums für Bildung und Forschung auf die Schriftliche Frage 99 des Abgeordneten Dr. Götz Frömming, auf Bundestagsdrucksache 19/18770; das Dokument liegt dem Abgeordneten vor).

Deutschland war einmal die Apotheke der Welt. Ein im Vergleich zu anderen Ländern erschwerter Zugang zu Risikokapital, der gleichzeitige Aufbau immenser, bürokratischer Hürden und eine seit Jahrzehnten fehlgeleitete Arzneimittelpolitik haben in der Vergangenheit jedoch konsequent dazu beigetragen, dass hoch innovative, biotechnologische Entwicklungs- und Produktionsprozesse, wie die Insulinproduktion, ins Ausland verlagert wurden (vgl. www.tagesspiegel.de/wissen/biomedizin-boom-in-berlin-eine-berliner-luftblase/25601814.html, Stand: 05.05.2020). Zugleich sahen sich viele kleine und mittelständische Unternehmen (KMU) der Pharmabranche in einem forschungsfeindlichen Umfeld häufig dazu gezwungen, ihre Innovationen zu Tiefpreisen an ausländische Investoren abzutreten. So das von dem deutschen Pharma-Unternehmen BASF-Knoll-Pharma entwickelte und 2018 weltweit umsatzstärkste Medikament Humira, das für seinen amerikanischen Käufer derzeit einen Jahresumsatz von etwa 20 Milliarden US-Dollar erwirtschaftet (vgl. www.nature.com/articles/d41573-019-00049-0, Stand: 05.05.2020).

Der Zugang für die erforderliche Forschungsförderung wird in vielen Fällen durch die von der Europäischen Union (EU) errichteten bürokratischen Hürden erschwert. Dabei kommt es durch die von der EU vorgenommene Kategorisierung der Industrie in KMU und Großunternehmen zu einer Limitierung der Forschungs- und Infrastrukturförderung in den oft familiengeführten Betrieben innerhalb der pharmazeutischen Industrie am Standort Deutschland (vgl. www.bpi.de/de/kmu/starker-pharma-mittelstand, Stand: 05.05.2020).

Bei der Beantragung der Fördermittel sehen sich kleinere Unternehmen häufig vor einer unlösbaren Aufgabe, da sie zumeist über keine eigenen Abteilungen für die Bearbeitung der Fördermittelanträge verfügen. Entsprechend profitieren oftmals Großunternehmen von den bereitgestellten Geldern (vgl. <https://makronom.de/von-steuerlicher-forschungsfoerderung-sollten-vor-allem-kmu-profitieren-29976>, Stand: 05.05.20).

Daher sind gerade KMU für ihre Forschung und Entwicklung auf Fördermittel des Bundes angewiesen, um ihre wirtschaftliche Leistungsfähigkeit als auch die Versorgungsmöglichkeiten des Gesundheitssystems mit geeigneten Wirkstoffen zu sichern (vgl. www.bpi.de/de/nachrichten/detail/koalition-kein-auge-auf-arzneimittelversorgung; Stand: 05.05.2020).

Im Jahr 2015 wurden Gesundheitsforschung und Gesundheitswirtschaft insgesamt mit einem Volumen von 17,2 Millionen Euro gefördert. Der Anteil an der Gesamtsumme der Wirtschaftsförderung betrug 2,9 Prozent. Bezogen auf das Jahr 2009 wurde das Gesamtfördervolumen um 35,8 Prozent abgebaut (vgl. EFI-Jahresgutachten 2017, S. 69, Tabelle B 3-2-1, abrufbar unter: www.e-fi.de/fileadmin/Gutachten_2017/EFI_Gutachten_2017.pdf, Stand: 05.05.2020).

Dabei nehmen sowohl Gesundheitsforschung als auch Gesundheitswirtschaft innerhalb der deutschen Gesamtwirtschaft wesentliche Schlüsselfunktionen ein. Gerade vor diesem Hintergrund bleibt die Entwicklung der FuE-Aufwendungen des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) hinter den Bedürfnissen der im FuE-Bereich tätigen Firmen und Institutionen zurück.

Die Expertenkommission Forschung und Innovation (EFI) hat in ihrem aktuellen EFI-Gutachten 2020 auf die Defizite der deutschen Forschungsförderung hingewiesen. Im internationalen Vergleich liegt Deutschland im Bereich der forschungs- und entwicklungsintensiven Industrie mit einer Gründungsrate von unter 4 Prozent auf dem letzten Platz von allen acht im Bericht berücksichtigten Ländern (vgl. EFI-Jahresgutachten 2020, S. 99, Abb. C 5-1, abrufbar unter: www.e-fi.de/fileadmin/Gutachten_2020/EFI_Gutachten_2020.pdf, Stand: 05.05.2020).

Um die Versorgung unserer Bevölkerung mit pharmazeutischen Produkten insbesondere in Krisenzeiten gewährleisten zu können, muss die Förderung von Forschung und Entwicklung in diesem Bereich nationale Interessen – unbesehen der weiterhin notwendigen internationalen Kooperation – wieder stärker berücksichtigen.

- II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung daher auf,
1. die derzeitige Grundförderung der internationalen Organisation CEPI mit 90 Millionen Euro unmittelbar auf ein Volumen von 50 Millionen Euro zu reduzieren. Die daraus freiwerdenden Gelder sollen dann künftig ausschließlich für deutsche Firmen (KMU) und Forschungseinrichtungen bereitgestellt werden;
 2. die durch den Bund zusätzlich bewilligten Gelder von 145 Millionen Euro für die Erforschung von SARS-CoV-2 und COVID-19 und der damit verbundenen Entwicklung von Antikörpertest und Impfstoff vorrangig den nationalen Forschungseinrichtungen, insbesondere KMU, zur Verfügung zu stellen;
 3. durch den Abbau bürokratischer Hürden innovationsfreundliche Rahmenbedingungen für die pharmazeutische Forschung und Entwicklung zu schaffen, um Sprunginnovation und Weiterentwicklung zu ermöglichen und so den Standort Deutschland langfristig zu stärken.

Berlin, den 18. Mai 2020

Dr. Alice Weidel, Dr. Alexander Gauland und Fraktion

Begründung

Seit dem 27. Januar ist das neuartige Coronavirus auf deutschem Boden nachgewiesen und hat Deutschland ebenso wie viele andere schlecht vorbereitete europäische Staaten vollkommen unerwartet getroffen. Demzufolge reagierten vor allem zu Beginn des COVID-19-Ausbruchs viele Nationen mit zahlreichen Schutzmaßnahmen.

Dies wurde nicht nur durch das von der deutschen Bundesregierung verhängte Exportverbot von Schutzmasken deutlich (vgl. www.aerzteblatt.de/nachrichten/110960/EU-Parlamentarier-ueben-Kritik-an-Ausfuhrverbot-fuer-Schutzmasken, Stand: 05.05.2020), sondern weiterhin auch durch die von anderen Regierungen eingeführten Grenzkontrollen respektive Grenzschließungen zu den Nachbarländern erkennbar (vgl. www.cicero.de/wirtschaft/corona-grenzschiessungen-eu-schengen-stau-warenverkehr-ursula-von-der-leyen., Stand: 05.05.2020). Dabei zeigen sowohl das inkohärente und vollkommen unkoordinierte Auseinanderpreschen vieler EU-Mitgliedstaaten als auch der international ausgetragene Kampf um Schutzausrüstung gleichermaßen (vgl. www.dw.com/de/das-r%C3%A4tsel-um-die-verschwundenen-schutzmasken/a-53019250, Stand: 05.05.2020), dass Solidarität und Mitmenschlichkeit in Zeiten von Krisen ein rares Gut darstellen.

Gerade vor diesem Hintergrund wird auch die Frage nach einem global verfügbaren Impfstoff bedenkenswert, da eine gleichzeitige Bereitstellung der hierfür benötigten Menge an Vakzinen nicht in dem erforderlichen Ausmaß realisiert werden kann (vgl. www.faz.net/aktuell/wissen/medizin-ernaehrung/impfstoffe-gegen-covid-19-nicht-alles-auf-eine-karte-setzen-16712330-p2.html, Stand: 05.05.2020)

Eine bundesweit gut aufgestellte Forschungslandschaft ist daher ein wichtiger Bestandteil einer nationalen Sicherheitsarchitektur für den Krisenfall.

